

**PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG**  
**DES GESCHÄFTSAUSSCHUSSES ASCHEBERG**

**- öffentlicher Teil -**

**Sitzung:** vom 14. Februar 2008  
im Bürgerhaus Ascheberg  
von 19:30 Uhr bis 21:41 Uhr (öffentlicher Teil)  
von 21:49 Uhr bis 23:12 Uhr (nichtöffentlicher Teil)

**Unterbrechung:** von 21:41 Uhr bis 21:49 Uhr

**Gesetzliche Mitgliederzahl:** 7

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 10 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den lfd. Nr. 1 - 13.

---

---

**Anwesend:**

a) Stimmberechtigt:

GV Wolfgang König  
als Vorsitzender

GV Christian Gill *für GV'in Coenen*  
*bis 19:40 Uhr*

GV'in Christiane Coenen *ab 19:40 Uhr*

GV Rainer Haderler

GV Hubert Meier *für GV'in Jurgeneit*

GV'in Irene Kowalzik

GV Herbert von Mellenthin

GV'in Jutta Tötz

b) nicht stimmberechtigt:

Protokollführer: Frau Rönck, Amt Großer Plöner See

BGM Jörg-Burkhard Nagel, GV Joachim Runge, GV Frank Pieters, GV Burghard Röwe,  
BM Dr. Johannes Vogt; 7 Zuhörer/innen

---

---

Es fehlten entschuldigt: ./.

---

---

Die Mitglieder des Geschäftsausschusses Ascheberg waren durch Einladung vom 29./31.01.2008 zu Donnerstag, 14.02.2008 um 19:30 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwände erhoben wurden.

Der Ausschuss war nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**

---

**Tagesordnung:**

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschriften vom 22. November 2007 - öffentlicher Teil -
3. Bericht des Vorsitzenden / des Bürgermeisters / Offene Punkte
4. Änderung der Hauptsatzung
  - a) Änderungen und Ergänzungen zu § 2 „Bürgermeister(in)“
  - b) Änderungen zu § 4 „Ständige Ausschüsse“
5. Änderung der Straßenreinigungssatzung
6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 4 - Satzungsbeschluss -
7. Übernahme der Straße Finkenweg durch die Gemeinde
8. Vergabe von Hausnummern für die Grundstücke 68/19, 68/21, 68/23 und 68/35 zwischen der Bundesbahn und der B 430 (gegenüber Aldi)
9. F-Plan Vereinbarung Gemeinde Ascheberg – Stadt Plön
10. Antrag der SPD vom 21.01.2008: Unbefugtes Auslesen von Reisepassdaten
11. Wasserversorgung Vereinbarung Gemeinde Ascheberg – Hansen OHA
12. Studie zur Rohrnetzunterhaltung für das Frischwasser
13. Ankauf Bahngelände – Stellungnahme des Amtes
14. Kindergarten
  - a) Gruppenstärke
  - b) Antrag auf Einrichtung einer Rückenschule

**In nichtöffentlicher Sitzung:**

15. Genehmigung der Niederschriften vom 22. November 2007 - nichtöffentlicher Teil - und 10. Dezember 2007 - Fortsetzung nichtöffentlicher Teil vom 22.11.2007 -
16. Aussprache über die Amtshandlungen des stellv. Bürgermeisters
17. Personalangelegenheiten
18. Bauangelegenheiten
19. Vertragsangelegenheiten
20. Verschiedenes

---

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwände erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

**TOP 6** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 4 – Satzungsbeschluss –  
Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt. Eine weitere Abstimmung erfolgt hierüber nicht.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

- TOP 11** Wasserangelegenheiten
- a) Studie zur Rohrnetzunterhaltung für das Frischwasser
  - b) Abwasser

---

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher/nichtöffentlicher Sitzung statt.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**

---

**TOP 1****Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung**

Vorsitzender König eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind sieben von sieben Personen.

Die Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

Der TOP 6 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 4 – Satzungsbeschluss –, wird abgesetzt.

Mit dieser Änderung wird über die Tagesordnung abgestimmt:

**4 dafür**

**3 dagegen**

**TOP 2****Genehmigung der Niederschrift vom 22. November 2007 – öffentlicher Teil –**

Die Niederschrift vom 22. November 2007 – öffentlicher Teil – wird ohne Einwendungen genehmigt.

**TOP 3****Bericht des Vorsitzenden / des Bürgermeisters / Offene Punkte**

Bericht des Vorsitzenden:

- Herr König berichtet von einem Telefonat mit dem Ascheberger Bürger, Herrn Neugebauer, welcher sich über die Absicherung des Bauvorhabens am Feuerwehrgerätehaus beschwert. Nach seiner Ansicht ist diese nicht ausreichend. BGM Nagel hat bereits diesbezüglich mit der Polizei gesprochen, sie möge diese Absicherung kontrollieren, und die Firma wird ergänzend ein weiteres Mal darauf angesprochen, die Absicherung ordnungsgemäß vorzunehmen.
- Er berichtet, dass der ehemalige Bürgermeister der Gemeinde Ascheberg, Herr Hellmuth Rohweder, verstorben ist. Seine Amtszeit als Bürgermeister war von 1974 bis 1978.

Bericht des Bürgermeisters:

- In der Zeit vom 23.02. bis 08.03.2008 befindet er sich im Urlaub. Die Vertretung übernimmt der stellv. Bürgermeister, Herr Joachim Runge.
- Kosten beim Bau des Feuerwehrgerätehauses:  
Die Kosten für das Inventar betragen ca. 30.000 – 40.000 EUR.
- Für das sogenannte „schöner Wohnen“ gibt es zz. eine Bauvoranfrage (siehe **Anlage**).
- Es wird das Ergebnis der Ausschreibung der Versicherungen bekannt gegeben.
- Es wird bekannt gegeben, dass die Amtsverwaltung einen Großteil ihres Postaufkommens künftig über die Firma Nordbrief abwickeln wird.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**


---

- Der Anschluss Lindauer Kamp soll im Frühjahr erneuert bzw. in Ordnung gebracht werden.
- Querungshilfe an der Schule:  
Der Antrag für eine Querungshilfe wurde abgelehnt. Das ablehnende Schreiben wird *Anlage* zum Protokoll.
- Pumpstation:  
Nach Begutachtung der vorhandenen Technik und Mechanik hat diese keinen weiteren Wert. Lediglich das Notstromaggregat könnte umgebaut und anderweitig verwendet werden.

Offene Punkte:

Es werden keine Themen angesprochen.

**TOP 4****Änderung der Hauptsatzung****a) Änderungen und Ergänzungen zu § 2 „Bürgermeister(in)“**

Im Zuge der Vereinfachung und Neustrukturierung der Ausschusskultur und der damit verbundenen Übernahme von Verantwortungen beantragt die SPD-Fraktion, dem Bürgermeister - entgegen den bisherigen in § 2 der Hauptsatzung eingeräumten Kompetenzen - weiterreichende Kompetenzen zu gewähren.

Der vorliegende Entwurf hierüber wird ab dem Absatz 2 (Absatz 1 ist unstrittig) Buchstabe für Buchstabe einzeln besprochen und wie folgt abgestimmt:

Buchstabe a):

Die SPD schlägt vor, den Betrag von 2.500 EUR auf 5.000 EUR aufzustocken.

Nach kurzer Aussprache wird über den Beibehalt des Betrages von 2.500 EUR abgestimmt:

**4 dafür**  
**3 dagegen**

Buchstabe b):

Die SPD favorisiert, den ersten Satz um folgenden Halbsatz zu erweitern, hinter Ansprüche ein Komma zu setzen und dann „soweit ein Betrag von 5.000 EUR nicht überschritten wird“ einzufügen.

***Hierüber wird kurz gesprochen; dieser Antrag wird zurückgezogen.***

Im Weiteren beantragt die SPD, den Betrag von 1.000 EUR auf 5.000 EUR aufzustocken und den danach genannten Betrag von 5.000 EUR auf 10.000 EUR anzuheben. Gleichzeitig wird der Antrag gestellt, den Buchstaben b) in der alten Form beizubehalten.

Es wird zuerst über die Beibehaltung des alten Buchstaben b) abgestimmt:

**5 dafür**  
**2 dagegen**

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**

---

*Danach wird zum Buchstaben b) nicht weiter abgestimmt.*

Im Anschluss hieran beantragt die SPD die Aufnahme eines neuen Buchstaben c) mit dem Text:

Die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 10.000 EUR nicht überschritten wird.

Über die Einfügung dieses neuen Buchstaben c) wird abgestimmt:

**2 dafür**  
**5 dagegen**

Buchstabe d):

Es wird vorgeschlagen, den bisherigen alten Betrag (Buchstabe c) von 2.500 EUR auf 10.000 EUR aufzustocken.

Über die Aufstockung auf 10.000 EUR wird abgestimmt: **4 dafür**  
**3 dagegen**

Buchstabe e):

Statt der bisherigen ehemals unter d) genannten 3.000 EUR soll der Betrag auf 10.000 EUR aufgestockt werden.

Über die Aufstockung auf 10.000 EUR wird abgestimmt: **4 dafür**  
**3 dagegen**

Buchstabe f):

Die bisher unter e) genannten 2.500 EUR sollen auf 10.000 EUR aufgestockt werden.

Abstimmungsergebnis über die Aufstockung: **4 dafür**  
**3 dagegen**

Buchstabe g):

Die bisher unter Buchstabe f) genannten 2.500 EUR sollen auf 5.000 EUR aufgestockt werden.

Abstimmungsergebnis über die Aufstockung: **5 dafür**  
**2 dagegen**

Buchstabe h):

Die ehemals unter g) genannten 2.500 EUR sollen auf 5.000 EUR aufgestockt werden.

Abstimmungsergebnis über die Aufstockung: **7 dafür**

Zusätzlich soll unter diesem Buchstaben aufgenommen werden, dass diese Summe nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel pro Haushaltsjahr vergeben werden kann.

Über den des Weiteren vorgeschlagenen Buchstaben i) „Abschluss von Leasingverträgen“, soweit der jährliche Mietzins 5.000 EUR nicht übersteigt und Buchstabe j) „Vergabe von

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**


---

Architekten- und Ingenieurleistungen sowie Gutachten“ bis zu einem Wert von 5.000 EUR wird jeweils einzeln abgestimmt.

Abstimmungsergebnis zu i): **2 dafür**  
**5 dagegen**

Abstimmungsergebnis zu j): **2 dafür**  
**5 dagegen**

b) Änderungen zu § 4 „Ständige Ausschüsse“

Bevor über den Vorschlag der SPD-Fraktion diskutiert werden kann, erklärt Frau Totz diesen in Teilen für bereits hinfällig. Sie hatte sich im Nachgang zu der ersten Entscheidung noch einmal über die Ausschussstruktur unterhalten und kommt zu dem Ergebnis, dass die zwei vorgeschlagenen Ausschüsse doch nicht ausreichend wären; es sollten besser sollten drei sein. Insoweit kann die Vorlage nur noch zum Teil verwendet werden.

Zur künftigen Ausschussstruktur im § 4 werden daher die nachfolgenden Beschlüsse gefasst:

1. Der Geschäftsausschuss ist sich einig, dass es künftig drei Ausschüsse geben soll: einen Geschäftsausschuss, einen Finanzausschuss und einen Planungs- und Bauausschuss.

**7 dafür**

2. Jeder Ausschuss soll mit sieben Personen besetzt werden.

**7 dafür**

3. **Geschäftsausschuss:**

Die sieben Mitglieder müssen der Gemeindevertretung angehören können.

Anmerkung:

*Somit sind keine bürgerlichen Mitglieder zugelassen*

Aufgabengebiet:

- Vorbereitung von Beschlüssen für die Gemeindevertretung, einschließlich Personalangelegenheiten
- Vergabe von Aufträgen ab 5.001 EUR bis zu einer Wertgrenze von 10.000 EUR
- Förderung und Pflege des Sportes und des Tourismus, Sozialwesen, Kultur- und Schulwesen, Vergabe von gemeindeeigenen Wohnungen nach Absprache mit dem Bürgermeister

**7 dafür**

**Finanzausschuss:**

Der Finanzausschuss soll – genau wie der Geschäftsausschuss – nur aus sieben Mitgliedern der Gemeindevertretung bestehen.

Aufgabengebiet:

- Finanzwesen, einschließlich Gebühren
- Prüfung der Jahresrechnung
- Vermögensverwaltung

**7 dafür**

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**


---

**Planungs- und Bauausschuss:**

Von den sieben Mitgliedern können bis zu drei bürgerliche Mitglieder sein.

**Aufgabengebiet:**

- Vorbereitung der Bauleitplanung
- Veränderungssperren und Ausnahmen
- Ausbau von Erschließungsanlagen und Gemeindewesen
- Entwässerungsangelegenheiten (Schmutz- und Regenwasser)
- Baumaßnahmen bei gemeindeeigenen Einrichtungen
- Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach dem BauGB, sofern die Verwirklichung des betreffenden Vorhabens nicht die Grundzüge der Planung berührt oder von besonderer städtebaulicher Bedeutung ist

**Im Hinblick auf die Zuständigkeit des Planungs- und Bauausschusses wird Folgendes beschlossen:**

Es war bisher gelebte Praxis, dass der Planungs- und Bauausschuss die Federführung bei der Vergabe der gemeindeeigenen Wohnungen übernommen hat. Dieses soll künftig nicht mehr so sein. Die Vergabe von gemeindeeigenen Wohnungen wird nunmehr direkt von der Verwaltung in Absprache mit dem Bürgermeister durchgeführt.

Gesamtabstimmung über den Planungs- und Bauausschuss:

**6 dafür**  
**1 dagegen**

Zur besseren Lesbarkeit dieser ganzen Änderungen wird die Verwaltung gebeten, statt einer Nachtragssatzung eine komplette Neufassung der Satzung zu fertigen. Diese soll zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung vorliegen.

**7 dafür**

**TOP 5****Änderung der Straßenreinigungssatzung**

Vor einiger Zeit wurde die Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Ascheberg dahingehend geändert, dass die Straßenflächen auf Bundes- und Landesstraßen von den Bürgern nicht gereinigt werden sollen (Hintergedanke war hier die Sicherung der Bürger).

Nun sieht die Satzung - ergänzend zur Reinigung der Straßen - auch vor, dass die Rinnsteine in regelmäßigen Abständen zu reinigen sind. Da hier das gleiche Gefährdungspotenzial gesehen wird wie bei der eigentlichen Reinigung der Straße, wird beschlossen, die Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Ascheberg dahingehend im § 2 Abs. f) zu ändern, dass die Rinnsteine im Grundsatz zu reinigen sind, jedoch nicht auf Bundes- und Landesstraßen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung entsprechend zu ändern und der Gemeindevertretung als Sitzungsvorlage vorzulegen.

**7 dafür**

**Nachtrag:**

Im Zuge der Diskussion über die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern reicht die SPD den Antrag 3/2008 vom 14.02.2008 ein:

Einrichtung einer Verkehrsinsel auch in Höhe der Schule Vogelsang.

Dieser Antrag wird **Anlage** zum Protokoll. Eine weitere Abstimmung erfolgt hierüber nicht.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**

---

**TOP 6****Übernahme der Straße Finkenweg durch die Gemeinde**

Nach kurzer Aussprache wird folgender Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird gebeten, in der nächsten GV-Sitzung eine Beschlussvorlage vorzulegen, in der das Bauamt bescheinigt, dass die Bedingungen der Gemeinde erfüllt sind und die Straße jetzt übernommen werden kann. Die notwendigen Unterlagen, der Übernahmevertrag und die Widmungsurkunde sind beizufügen.

**6 dafür**

**1 Enthaltung**

**TOP 7****Vergabe von Hausnummern für die Grundstücke 68/19, 68/21, 68/23 und 68/35 zwischen der Bundesbahn und der B 430 (gegenüber Aldi)**

Beschluss:

Für die Grundstücke Gemarkung Langenrade Flur 7 Flurstücke 68/19, 68/21, 68/23 und 68/35 wird der Straßename „Plöner Chaussee“ mit der Hausnummer 72 zugewiesen. Sollten aufgrund des komplexen Gebäudes mehrere Eingänge vorhanden sein, sind jeweils zur Unterscheidung die Buchstaben a, b usw. hinzuzufügen.

**7 dafür**

**TOP 8****F-Plan Vereinbarung Gemeinde Asheberg – Stadt Plön**

In die Vereinbarung hat sich der Fehlerteufel eingeschlichen. Die Verwaltung wird gebeten, in Anlage 1 Folgendes zu korrigieren:

Planungsspielraum bis 2010 muss lauten: **W 1** (nicht W 3)

Planungsspielraum bis 2020 muss lauten: **W 3** (nicht W 1)

Die Verwaltung wird gebeten, dieses entsprechend zu ändern.

Im Weiteren wird die Vereinbarung zur *Kenntnis* genommen. Die Reaktion der Stadt Plön ist abzuwarten. *Eine Abstimmung ergeht nicht.*

**TOP 9****Antrag der SPD vom 21.01.2008: Unbefugtes Auslesen von Reisepassdaten**

Frau Totz erläutert kurz den Antrag der SPD.

Im Anschluss wird folgender Beschluss gefasst:

Der Geschäftsausschuss befürwortet die Vorhaltung von einfachen aluminiumhaltigen Schutzhüllen in der Verwaltung zum Selbstkostenpreis für Bürgerinnen und Bürger.

Der Amtsausschuss wird gebeten, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

**7 dafür**

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**


---

**TOP 10****Wasserversorgung Vereinbarung Gemeinde Ascheberg – Hansen OHA**

Nach kurzer Diskussion beschließt der Geschäftsausschuss die *anliegende* Vereinbarung zwischen der Gemeinde Ascheberg und der Familienstiftung Hansen Oha vom 17.01.2008 mit folgender Änderung:

Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Die Wasserlieferung an Dritte (Hof Peterskamp und Familie Hinz) darf nur nach der jeweils gültigen Gebührensatzung für die Gemeinde Ascheberg abgerechnet werden.

Mit dieser Änderung wird über die Vereinbarung abgestimmt:

**7 dafür**

Trotz Zustimmung zu dieser Vereinbarung wird das Bauamt aufgefordert, die zum Tagesordnungspunkt 4, Buchstabe b), Ziffer 1 und 2 gestellten Fragen des Geschäftsausschusses vom 10.12.2007 bis zum nächsten Geschäftsausschuss zu beantworten.

Fragestellungen:

Wie haben andere Gemeinden in solchen oder ähnlichen Situationen verfahren?

Was kann man machen, um künftig solche Situationen zu unterbinden?

Welche Handhabe hat man ggf. gegen den Anschließer?

Abstimmung über die Beantwortung der Fragen:

**7 dafür**

**TOP 11****Wasserangelegenheiten****a) Studie zur Rohrnetzunterhaltung für das Frischwasser**

Nach kurzer Aussprache favorisiert der Geschäftsausschuss die Möglichkeit, die Rohrnetzunterhaltung für das Frischwasser an die Gemeinde Bornhöved zu übertragen, die ohnehin das Frischwasser liefert. Es wird sich für eine Trennung der Systeme Frischwasser und Abwasser ausgesprochen.

Über die grundsätzliche Idee der Trennung der Systeme sowie über die Möglichkeit, die Rohrnetzunterhaltung nach Bornhöved zu übertragen, wird abgestimmt.

**6 dafür**

**1 Enthaltung**

Die Gemeinde Bornhöved wird gebeten, einen Vertragsentwurf für die Gemeinde Ascheberg zu erarbeiten.

**6 dafür**

**1 Enthaltung**

**b) Abwasser**

Hier erfolgt nach kurzer Aussprache folgender Beschluss:

Die Gemeinde Ascheberg wünscht die Vorlage eines Angebotes zur Übernahme der Aufgabe der Abwasserbeseitigung vom Zweckverband Ostholstein, der Stadt Plön und dem Abwasserzweckverband Preetz bis zum 31. März 2008. Die Kämmerei stellt den Interessenten die ent-

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**


---

sprechenden Unterlagen zur Verfügung. Auf den Einsatz von eigenen Gutachtern wird vorerst verzichtet.

**7 dafür**

**TOP 12****Ankauf Bahngelände – Stellungnahme des Amtes**

BGM Nagel berichtet von einem Gespräch mit Herrn Jacobsen, dessen Gesellschaft im Auftrag der Bahn die Bahnstrecke verkaufen soll. Hieraus wurde ersichtlich, dass es zum einen mehrere Interessenten für den Erwerb der Bahnstrecke gibt und zum anderen, dass Herr Jacobsen bzw. dessen Gesellschaft ein größeres Interesse daran hat, die Strecke insgesamt zu verkaufen als in Einzelteilen. Insoweit ist es zz. fraglich, ob die Gemeinde Ascheberg selbst bei einem Kaufwillen überhaupt den Zuschlag bekommen würde.

Nach umfassender Aussprache wird über den Kauf abgestimmt:

**5 dafür**

**1 dagegen**

**1 Enthaltung**

**TOP 13****Kindergarten****a) Gruppenstärke**

Hier gibt es keine neuen Erkenntnisse.

**b) Antrag auf Einrichtung einer Rückenschule**

Nach kurzer Aussprache wird darüber abgestimmt, den Antrag abzulehnen.

**7 dafür**

*Ende der öffentlichen Sitzung um 21:41 Uhr.*

*Es folgt eine Pause von 21:41 Uhr bis 21:49 Uhr.*

**Fortsetzung erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung; siehe hierzu gesondertes Protokoll.**

**VORSITZENDER**

**PROTOKOLLFÜHRERIN**

*Wolfgang König*

*Tanja Rönck*

**Anlagen zum Protokoll:**

**zu TOP 3:** Schreiben Kreis „Querungshilfe“ vom 22.01.08

    Schreiben an den Kreis vom 29.01.2008 „Bauvoranfrage“

**zu TOP 5:** Antrag SPD-Fraktion vom 14.02.2008

    „Verkehrinsel auch in Höhe der Schule Vogelsang“

**zu TOP 10:** Vereinbarung Gemeinde Ascheberg – Familienstiftung Hansen Oha